

Rede zum Tag der Arbeit 2017
von Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB NRW

SPERRFRIST: Beginn der Rede – 1. Mai 2017, ca. 13.15 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich begrüße euch ganz herzlich an diesem 1. Mai in Köln. Ich freue mich, dass ihr heute so zahlreich gekommen seid. Das zeigt: Wir haben selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen und wir haben starke Gewerkschaften, die die Interessen der Beschäftigten kraftvoll vertreten.

Es ist eine gute Tradition, dass auf unserer landeszentralen Kundgebung die Ministerpräsidentin spricht. Das ist auch in diesem Jahr so, und ich freue mich sehr, Hannelore Kraft im Namen aller Gewerkschaften begrüßen zu dürfen. Hannelore, schön, dass du heute bei uns bist!

Wie ihr wisst, ist das Jahr 2017 ein politisch besonderes Jahr. Wir können wählen und mitbestimmen, wie sich unsere Gesellschaft künftig entwickelt. Zuerst in knapp zwei Wochen bei Landtagswahl und dann wieder im September bei der Bundestagswahl. Anstehende Wahlen verleiten immer dazu, in sich zu gehen und zu überlegen: Was läuft gut? Was läuft schlecht? Was muss sich ändern?

Die Analyse der Gewerkschaften lautet: Vieles läuft gut in diesem Land. Wir leben in Frieden und Sicherheit, niemand muss Hunger leiden und jeder darf seine Meinung frei äußern. Das hört sich simpel an, ist es aber ganz und gar nicht: Der Krieg im Nahen Osten, die Hungersnot in Ostafrika, autoritäre Bewegungen in Ländern wie der Türkei oder Ungarn und ein US-Präsident, der lieber auf Fakenews und Ausgrenzung setzt als auf konstruktive Politik, das alles

zeigt, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und ein sicheres Leben an den allermeisten Orten der Welt nicht selbstverständlich sind.

Deshalb ist der 1. Mai weltweit von Bedeutung und wir zeigen internationale Solidarität mit allen Menschen, die für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Demokratie kämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat sich in den vergangenen Jahren einiges positiv entwickelt, die Gewerkschaften haben gute Arbeit geleistet und Wirkung gezeigt. Und zwar nicht nur in Tarifverhandlungen, sondern auch in der Politik. Vieles, was wir gefordert haben, wurde seit 2010 von der Landesregierung umgesetzt:

- Die sozialversicherte Beschäftigung ist in Nordrhein-Westfalen deutlich gestiegen.
- Vom allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn profitieren über 600.000 Beschäftigte allein in NRW.
- Ein neuer sozialer Arbeitsmarkt wird Langzeitarbeitslosen eine unbefristete und tariflich entlohnte Beschäftigung bieten.
- Das Tariftreue- und Vergabegesetz sorgt für faire Bezahlung und fairen Wettbewerb bei öffentlichen Aufträgen.
- Im öffentlichen Dienst haben wir eine Trendwende erreicht: Die Besoldung ist kontinuierlich gestiegen und es wurde endlich wieder mehr Personal eingestellt.
- Ein neues Landesgleichstellungsgesetz sorgt für eine gezielte Förderung von Frauen.
- Und auch unser Einsatz für eine moderne Industriepolitik trägt Früchte: Viele Arbeitsplätze wurden erfolgreich verteidigt und die Energiewende im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestaltet. Die Gestaltung der digitalen Arbeitswelt wird gemeinsam mit der Landesregierung angepackt.

In den letzten Jahren haben wir viel Wertschätzung erfahren, aber auch in Konflikten mit der Landesregierung und den Arbeitgebern verhandelt. Das war ein guter, ein erfolgreicher Weg,

den wir in Zukunft fortsetzen sollten. Nur mit starken Gewerkschaften kann es eine positive Entwicklung in Nordrhein-Westfalen geben!

Starke Gewerkschaften bedeuten für uns übrigens auch, dass wir es nicht nötig haben, unsere Vorsitzenden heimlich vom Land mitbezahlen zu lassen. Herr Wendt hat sich dümmer verhalten, als die Polizei erlaubt, so etwas werdet ihr in keiner DGB-Gewerkschaft finden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

trotz aller Erfolge gibt es in Nordrhein-Westfalen Probleme, die dringend angepackt werden müssen. Es ist längst nicht alles getan, was getan werden muss. Schlecht bezahlte Arbeit zu unfairen Bedingungen ist für viel zu viele Menschen noch gelebte Realität. Noch schwieriger ist die Situation für diejenigen, die kaum Chancen haben, überhaupt eine Beschäftigung zu finden: Rund 300.000 Frauen und Männer sind in NRW langzeitarbeitslos. Und wie immer sind die Hauptleidtragende diejenigen, die den meisten Schutz brauchen: Fast jedes fünfte Kind lebt in Nordrhein-Westfalen von HarztIV. Nicht nur im Ruhrgebiet, auch in Köln gibt es Stadtteile mit großen sozialen Problemen, hier sind Armut und Perspektivlosigkeit zum Greifen nahe.

Manche Menschen fühlen sich derart abgehängt und von der Politik missachtet, dass sie ihr einen Denkmäler verpassen wollen. Sie suchen eine Alternative und wollen ein Zeichen des Protests setzen. Die Wut kann ich bei manchem gut verstehen, klar ist aber: Eine Partei, die die Gesellschaft spalten will, ist keine Alternative. Hetze gegen Ausländer, Muslime und Andersdenkende ist nicht mutig, es ist dumm und schäbig. Und wählbar ist so eine Partei auf keinen Fall!

Die Gewerkschaften haben ein anderes Menschenbild: Wir unterscheiden nicht nach Herkunft, Religion oder Hautfarbe. Unsere Tarifverträge gelten immer für alle Beschäftigten gleichermaßen, egal ob schwarz oder weiß, Muslim oder Christ, Mann oder Frau. Wir setzen

auf Respekt, Menschlichkeit und Solidarität. Deshalb lautet unser diesjähriges Motto zum 1. Mai: Wir sind viele, wir sind eins!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Gewerkschaften wollen die Gesellschaft positiv verändern. Dazu braucht man weder Hass noch Resignation, sondern konstruktive Ideen, Zusammenhalt und Durchhaltevermögen. Die DGB-Gewerkschaften haben fünf Forderungen zur Landtagswahl aufgestellt, die zeigen, was die Gewerkschaften von der Landesregierung erwarten. Ich sehe, dass viele von euch den Flyer in der Hand halten.

Unsere erste und wichtigste Forderung zur Landtagswahl lautet: Sichere und fair bezahlte Arbeit! Die neue Landesregierung muss die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt stellen und sich für mehr sozialversicherte Beschäftigung stark machen. Arm trotz Arbeit muss endlich der Vergangenheit angehören und der Niedriglohnsektor stärker als bisher bekämpft werden. Leiharbeit und Werkverträge dürfen nicht länger zum Lohndumping missbraucht werden.

Bei den Minijobs brauchen wir endlich die Sozialversicherungspflicht. Im Moment gibt es weder einen Anspruch auf Rentenzahlungen noch auf Arbeitslosengeld. Für viele Beschäftigte sind Minijobs damit vor allem eins: Armutsfallen. Das muss sich ändern! Wir dürfen nicht zulassen, dass hunderttausende Frauen wie Arbeitnehmerinnen zweiter Klasse behandelt werden und die Politik achselzuckend zusieht!

Auch sachgrundlose Befristungen sind ein großes Problem auf dem Arbeitsmarkt. Bundesweit arbeiten 2,8 Millionen Menschen zeitlich befristet, viele von ihnen ohne sachlichen Grund. Gerade junge Menschen bekommen kaum mehr einen unbefristeten Job. Klar, für die Unternehmen ist es bequem, sich nicht fest an jemanden binden zu müssen. Für die jungen Leute ist das aber eine Katastrophe, denn Befristungen bedeuten, dass sie ihr Leben nicht planen können: Familiengründung oder Autokauf – solche Entscheidungen sind kaum möglich, wenn man nicht weiß, ob man in zwei Jahren überhaupt noch Arbeit hat. Deshalb sagen

wir der Politik: Macht endlich Schluss mit sachgrundlosen Befristungen. Die Unternehmen müssen wieder raus aus der neoliberalen Komfortzone und mehr Verantwortung für ihre Beschäftigten übernehmen!

Wir wissen, dass Nordrhein-Westfalen hier keine Gesetzgebungskompetenz hat. Dennoch kann die Landespolitik etwas tun: Die Aufgabe besteht darin, den Parteifreundinnen und Parteifreunden in Berlin auf die Füße zu steigen. Wir sind das bevölkerungsreichste Bundesland und unsere Stimme sollte gehört werden in Berlin!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nicht nur die Arbeitswelt müssen wir besser regeln, sondern auch das, was danach kommt. Im Moment erleben wir, dass die Menschen immer länger arbeiten und dennoch weniger Rente bekommen. Wenn das so weitergeht, können künftig Rentnerinnen und Rentner ihren Lebensstandard nicht mehr halten, Altersarmut wird dann zur realen Bedrohung. Daher müssen wir dringend gegensteuern. Die Parteien in Berlin haben unterschiedliche Konzepte vorgelegt, die es zu diskutieren lohnt. Unser Vorschlag lautet: Das Rentenniveau darf nicht weiter sinken, sondern muss mittelfristig sogar erhöht werden. Das bedeutet für den einzelnen Arbeitnehmer geringe zusätzliche Beiträge, die wir durch die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenkassen ausgleichen könnten. Wir sagen: Die Rente muss auch künftig für ein gutes Leben reichen!

Noch ein weiteres Thema ist uns ganz wichtig und ich weiß, dass es auch dir, liebe Hannelore, sehr am Herzen liegt: Die Zukunft unserer Kinder darf nicht länger von ihrer Herkunft abhängig sein. Wir müssen etwas tun gegen die steigende soziale Ungleichheit und dafür brauchen wir vor allem Bildung, Bildung und nochmals Bildung. Das fängt bei den Kleinsten an. Trotz einer enormen Aufholjagd haben wir in NRW nach wie vor nicht genügend Plätze für Unter-Dreijährige. Das liegt auch daran, dass sich vielerorts keine Träger mehr finden, die die Kindertagesstätten betreiben wollen. Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Elterninitiativen klagen über eine akute Unterfinanzierung, sie können die steigenden Personal- und Betriebskosten einfach nicht mehr decken. Viele Träger geben sogar an, Einrichtungen schließen zu

müssen, wenn Land und Kommunen nicht deutlich mehr Geld bereitstellen. Deshalb sagen wir: Die Landesregierung muss direkt nach der Wahl – also noch in diesem Jahr - ein Sofortpaket schnüren und den Trägern das notwendige Geld zur Verfügung stellen. Und danach muss sie zügig ein neues Kita-Gesetz auf den Weg bringen und eine bessere finanzielle Ausstattung dauerhaft festschreiben. Eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung darf nicht an ein paar Euros scheitern, da sind sich alle Gewerkschaften einig.

Auch in den Schulen sind noch weitere Anstrengungen nötig, damit alle Kinder die gleichen Chancen erhalten: Wir müssen das längere gemeinsame Lernen weiter vorantreiben und bessere Bedingungen für die Umsetzung der Inklusion schaffen. Gerade beim gemeinsamen Unterricht für behinderte und nicht-behinderte Kinder läuft noch längst nicht alles rund, hier ist dringend mehr Personal notwendig. Und wir bleiben dabei: Bildung muss für alle kostenlos sein und zwar von der Kita bis zur Hochschule! Egal, mit wem ihr nach der Wahl regiert, Hannelore, Studiengebühren darf es in diesem Land nicht mehr geben!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

etwas wurmt mich besonders: Jedes Jahr bekommen rund 24.000 junge Menschen in NRW keinen Ausbildungsplatz, weil die Unternehmen sich hartnäckig weigern, mehr Lehrstellen zur Verfügung zu stellen. Dabei wissen wir, dass eine abgeschlossene Berufsausbildung eine der entscheidenden Voraussetzungen für einen stabilen Lebensweg ist. Der DGB NRW schlägt seit Jahren eine Ausbildungsumlage vor, wie wir sie aus der Pflege und der Baubranche kennen. Das heißt: Wer nicht ausbilden kann oder will, der zahlt in einen gemeinsamen Topf. So bleiben die Kosten für die Ausbildung nicht an den wenigen Unternehmen hängen, die sich noch bereit erklären, jungen Menschen eine Lehrstelle zur Verfügung zu stellen. Sowohl die Arbeitgeber als auch die Landesregierung möchten unserem Vorschlag nicht folgen. Deshalb spielen wir den Ball zurück: Hannelore, wir erwarten von der Landesregierung ein schlüssiges Konzept, wie das Ausbildungsplatzproblem in NRW gelöst werden kann. Dabei muss es sich um mehr handeln als um weitere Selbstverpflichtungserklärungen der Unternehmen. Denn diese haben uns über Jahre hinweg keinen Schritt weiter gebracht.

Es ist übrigens ein Unding, dass Schüler, Studenten und Rentner in Nordrhein-Westfalen vergünstigt Bus und Bahn fahren können, aber Auszubildende nicht. Wer weiß, was junge Leute während ihrer Ausbildung verdienen, kann doch nicht ernsthaft verlangen, dass sie auch noch ihr Ticket komplett aus eigener Tasche bezahlen. Angehende Friseurinnen bekommen im ersten Lehrjahr gerade einmal 437 Euro im Monat, bei den Bäckern sind es 485 Euro. Deshalb unterstütze ich die Forderung unserer DGB-Jugend nach einem landesweiten Azubi-Ticket. Auszubildende in den Betrieben dürfen nicht schlechter gestellt werden als ihre Altersgenossen an den Universitäten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Nordrhein-Westfalen ist ein starker Wirtschaftsstandort. Unsere Industrie und unsere Dienstleistungen sorgen dafür, dass wir gut in diesem Land leben können. Für eine hohe Lebensqualität sind aber nicht nur private, sondern auch auf öffentliche Investitionen unerlässlich: Kitas, Schwimmbäder und öffentlicher Verkehr müssen ebenso finanziert werden wie Lehrkräfte, Polizisten und Finanzbeamtinnen. Wir sind zum Glück nicht die einzigen, die das erkannt haben, auch die Landesregierung investiert inzwischen deutlich mehr in Infrastruktur und Personal. Trotzdem fehlt es an allen Ecken und Enden an Geld, vor allem bei den Kommunen.

Ihr könnt in Köln ein Lied davon singen: Ihr seid die Stau-Stadt Nummer 1 in NRW und euer öffentlicher Nahverkehr ist laut einer aktuellen Studie sogar einer der schlechtesten in ganz Deutschland. Auch bei den Miet- und Immobilienpreisen seid ihr in bundesweiten Rankings immer ganz vorne mit dabei, selbst sogenannte B-Lagen sind für Normalverdiener kaum noch zu bezahlbar. Das schreit doch geradezu nach mehr sozialem Wohnungsbau!

Der Witz an der Sache ist: Es ist genug Knete da. Wenn Deutschland ein Problem nicht hat, dann ist es zu wenig Geld. Es ist nur falsch verteilt. Schon seit Jahren erleben wir, dass die Reichen immer reicher werden. Gleichzeitig sind Menschen, die jeden Tag hart arbeiten, immer häufiger arm und der Staat muss an zentralen Stellen sparen. Das ist nicht nur ungerecht, es ist auch wirtschaftlich Murks. Deshalb ist es Zeit, dass die Politik endlich aufwacht

und sich mit den wesentlichen Dingen beschäftigt. Wir brauchen keine Maut, wir brauchen ein gerechteres Steuersystem! Die, die mehr haben, müssen auch deutlich mehr zahlen. Es darf nicht länger sein, dass Arbeit höher besteuert wird als Kapital. Wir brauchen endlich angemessene Steuern auf Erbschaften, Vermögen und hohe Einkommen!

Ich weiß, Hannelore, dass die SPD in Berlin über einem neuen Steuerkonzept sitzt und überlegt, wie wir Reiche stärker zur Kasse bitten können. Ich ermutige euch: Macht einen großen Wurf, der wirklich mehr Gerechtigkeit bringt. Die letzte Reform der Erbschaftssteuer war Käse und zwar mit so vielen Löchern, dass jeder Reiche durchschlüpfen kann. So eine Reform macht nichts besser.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in zwei Wochen haben wir alle die Wahl. Ich kann euch nur ans Herz legen: Schaut euch die Programme der Parteien an und überprüft, wer sich für mehr Beschäftigung und gute Arbeit einsetzt. Und dann nehmt eure Familie und alle eure Freunde mit, und geht am 14. Mai zur Wahl. Lasst nicht andere darüber entscheiden, wie es in Zukunft mit unserem Land weiter geht, entscheidet mit. Wichtig ist aber auch: Gebt nicht nur eure Stimme ab, sondern bleibt auch im Alltag politisch aktiv. Unsere Demokratie ist kein Selbstläufer, sie braucht selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger, die sich jeden Tag für sie stark machen. Die Gewerkschaften sind ein guter Ort, um sich politisch zu engagieren. Nur mit starken Gewerkschaften, lebendiger Mitbestimmung und stabiler Tarifbindung kann es eine positive Entwicklung in Nordrhein-Westfalen geben.

Ich wünsche euch allen einen schönen Maifeiertag!

Herzlichen Dank!